Preis 0,55 M / 1,20 DM
B-Ausgabe
ISSN 0323–4940

Neues Deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag,
24. April 1990
45. Jahrgang / Nr. 95

Heute

● Wie der Geldumtausch vonstatten gehen soll — Seite 2
● Horrorexpreß und VP? — Seite 3
● Gershwins Musik in jeder Muskelfaser — Seite 4
● Leute verkohlt, damit die Kohle stimmt — Seite 5
● Wer wollte Nigerias Präsident stürzen? — Seite 6

Standpunkt

Fuchs und Lamm

„Der Fuchs bellt nicht, wenn er das Lamm will stehlen." Das begreift jeder, auch deshalb hielt sich die Verwunderung darüber in Grenzen, daß Details des Bonner Entwurfs für den Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht auf dem Jahrmarkt zu haben, ja nicht mal für den Vertragspartner DDR-Regierung einzusehen waren.

Seit gestern gibt es mehr Klarheit, und klar ist: Die DDR soll sich — so das Angebot an unsere Seite — der Macht des Stärkeren beugen, wenn auch (da hat der „Spiegel" recht) „auf Bonner Kosten".

Selbst das, was auf den ersten Blick als kulantes 1:1 für Löhne, Renten und Gehälter daherkommt, ist in Wirklichkeit nicht für bare Münze zu nehmen. Mit dem Vorhaben Bonns, die Teuerungsausgleiche für gestrichene Subventionen und steigende Preise in der DDR unter den Tisch fallen zu lassen, wäre 1:1 schon heute Makulatur. Die Rentenregelung bliebe eine Scheinverbesserung, und die 4000-Mark-Limitierung bei Sparguthaben wird vermutlich die Reaktion erfahren, die zu erwarten ist: den Aufschrei. Mag sein, daß wir nach unserer Vergangenheit nicht mehr verdient haben. Aber zum Schaden noch den Spott — den brauchen wir wirklich nicht.

Wenn aber stimmt, daß dies nur Angebot und kein Verhandlungsergebnis ist, dann sind Schwere und Verantwortung benannt, mit denen unser Regierungschef heute nach Bonn reist. Und selbst wenn die Christ-Demokraten West den Christ-Demokraten Ost (zum Beispiel wahlbedingt) noch etwas entgegengehen und zum Beispiel bei den Sparkontengrenzen ein bißchen drauflegen — Lothar de Maizière wird Stacheln zeigen müssen. Weniger als das wird nicht genug sein, sonst ist die Gefahr groß, daß der Flug nach Bonn ein Gang nach Canossa wird.

REINER OSCHMANN

Vorschlag der Bundesregierung: 1:1 bei Löhnen und Renten, 2:1 bei Gespartem über 4000 Mark und viele Pferdefüße

Dieses Angebot aus Bonn kann nicht das letzte Wort sein

Berlin (ADN/ND). Offenbar unter dem Druck der DDR-Bevölkerung, die eine Umstellung von 2:1 einhellig ablehnte, und der näherrückenden Kommunalwahl hat sich die Bundesregierung jetzt bei der Währungsunion zum erstenmal klar geäußert und 1:1 bei Löhnen und Renten vorgeschlagen. Darüber informierte der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung Dieter Vogel am Montag in Bonn. Das der Presse übergebene Angebot umfaßt folgende Punkte:

1. Löhne und Gehälter sollen grundsätzlich im Verhältnis 1:1 gegenüber dem heutigen Stand (ohne Ausgleichszahlungen für Subventionsabbau und bei Durchführung der Preisreform in der DDR) umgestellt werden. Bundesregierung und Koalition sind sich dabei einig, daß der künftigen Lohnpolitik eine große Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in der DDR zukommt.

2. Das Rentensystem der DDR soll dem Rentensystem in der Bundesrepublik angepaßt werden, das heißt: 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsverdienstes bei 45 Versicherungsjahren. Eine solche Regelung bedeutet, daß die meisten Renten in D-Mark höher liegen werden als heute in Mark der DDR. Soweit in Einzelfällen sich ein niedrigerer Betrag in D-Mark gegenüber der bisherigen Höhe in Mark der DDR ergibt, wird sichergestellt, daß die bisherige Rentenhöhe in D-Mark gezahlt wird.

3. Die Geld- und Kreditbestände der in der DDR lebenden Deutschen sollen grundsätzlich im Verhältnis 2:1 umgestellt werden. Pro Person soll jedoch ein Betrag von bis zu 4000 Mark der DDR im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden können (Bargeld und Sparkonten zusammengenommen). Bei der darüber hinausgehenden Umstellung von 2:1 sollen Mißbrauchmöglichkeiten ausgeschlossen werden.

4. Für nicht in der DDR Ansässige sollen angemessene Regelungen vereinbart werden. Diese Regelungen sollen unter anderem dem seit dem 1. Januar 1990 geltenden Umtauschkurs von 3:1 Rechnung tragen.

„Bundesregierung und Koalition haben ihre Entschlossenheit unterstrichen, gemeinsam mit der DDR die Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zum Juli 1990 zu verwirklichen", heißt es in der Erklärung. Das Angebot der Bundesregierung sei getragen von der Verantwortung gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands und der Stabilität der D-Mark.

Soweit das Angebot aus Bonn. Es kann freilich nicht das letzte Wort sein, da es eine Reihe von Pferdefüßen aufweist. Namentlich die Sparer kommen ins Hintertreffen. Bei diesen und weiteren Punkten ist die DDR-Regierung im Wort.

Echo von ‚akzeptabel' bis ‚Hohn'

Berlin (ND-Staude). Das überraschende Angebot aus Bonn zur Währungsunion brachte auch für Ministerpräsident Lothar de Maizière eine Einladung in die Bundeshauptstadt ein. Er und Helmut Kohl treffen am Dienstag zu einem 4-Augen-Gespräch zusammen, dem am Montagabend ein vertrauliches Treffen von de Maizière mit Bundesinnenminister Schäuble in Berlin voranging.

Auch nach dem Vorschlag der Bundesregierung bleiben eine Menge Einzelheiten für die Währungsunion zu klären. Das kam unmißverständlich im Echo von DDR-Politikern zum Ausdruck. Tenor: Als Angebot akzeptabel, aber ...

Die DDR-Regierung erklärte, sie sehe darin ein interessantes Verhandlungsangebot. CDU-Sprecher Helmut Lück und Staatsbankpräsident Horst Kaminsky begrüßten die Offerte als den Erwartungen entsprechend.

Bevor die D-Mark eingeführt werde, müsse die DDR-Regierung Rahmenbedingungen für personengebundene Zuschläge bei Löhnen, Gehältern und Renten bekanntgeben. Das sei, so FDGB-Vorsitzende Helga Mausch, durch den hierzulande anvisierten Subventionsabbau und die Preisreform bedingt. Die Gewerkschafterin sprach sich dafür aus, auch Ersparnisse über 4000 Mark nach einer Sperrfrist 1:1 umzutauschen.

Als unannehmbar bezeichnete der Vorstand der DDR-SPD Überlegungen, die Umtauschgrenze bei 4000 Mark festzulegen. Es könne nicht zugelassen werden, „die durch harte Arbeit" gesparten Gelder zu entwerten, heißt es in einer Mitteilung.

Nach Ansicht des Volkskammer-Vizepräsidenten Wolfgang Ullmann werden die Bürger — sollte es bei der Bonner Umtausch-Entscheidung bleiben — um ihre Spareinlagen betrogen. Dies verlange den „schärfsten Protest", weil „erhebliche Teile der Spareinlagen dabei nicht berücksichtigt werden". Auch die Anpassung an das bundesdeutsche Rentensystem sei, so Ullmann, „ein Hohn", weil bei steigenden Preisen und Mieten ein solcher Umstellungskurs „keine Anhebung", sondern „eine klare Abwertung der Renten" bedeute.

Für eine ausgewogene Beurteilung stünden ihm noch nicht alle Informationen zur Verfügung, erklärte Finanzminister Dr. Walter Romberg am Montagabend vor der Presse. So sei noch nicht klar, ob die bisher für Subventionen verwandten Mittel auf die Löhne geschlagen werden können. Nicht so froh sei er auch in bezug auf die Sparguthaben. Darüber könne man noch verhandeln. *(Weitere Meinungen S. 2)*

Prof. Dr. Klaus Steinitz, PDS-Fraktion

Teuerungsausgleich muß her

Die Mitteilung, daß die Spitzen der Regierungskoalition der Bundesrepublik sich heute auf einen Umrechnungskurs für Löhne und Gehälter in Höhe von 1:1 verständigt haben, sehen wir vor allem als ein wichtiges Ergebnis der einmütigen Proteste der Bürger der DDR an.

Damit wird deutlich, daß entschiedene Aktionen nicht umsonst sind und daß die DDR-Bevölkerung in der Lage ist, sich gegen einseitige Diktatbestrebungen zu wehren. Das gibt allen Bürgern auch für die kommenden, zweifellos noch härteren Auseinandersetzungen Mut.

Allerdings bleiben auch nach wie vor viele Fragen der Währungsunion unklar oder unbefriedigend. Wir können uns keineswegs damit einverstanden erklären, daß bei der Berechnung der Löhne, Gehälter, Renten und Stipendien keine Teuerungszulage für den Wegfall der Subventionen gegeben werden soll. Nicht akzeptabel ist auch der vorgeschlagene Umtausch von Sparguthaben und Bargeld im Verhältnis 1:1 in einer Höhe von bis zu 4000 Mark pro Kopf. Unter einer solchen Entscheidung hätten vor allem diejenigen zu leiden, die in ihrem arbeitsreichen Leben auf vieles verzichtet haben, um in ihrem Alter eine größere soziale Sicherheit zu haben.

Wir halten es jetzt für vordringlich, in den weiteren Verhandlungen zum Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion all die Fragen aufzunehmen, die auf die Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen gerichtet sind.

Nach dem Crash gibt's noch was zu holen

Schrotthaufen der Zivilisation an der Autobahn Hermsdorfer Kreuz–Eisenach. Ihre Zahl nimmt zu. Aus der Unfallbilanz vom Montag: Zusammenstoß von zwei PKW aus der BRD und Polen bei Birkau (Bezirk Dresden) – ein Toter. Auf der F 96 bei Schildow prallte ein PKW gegen einen Baum – ein Toter, ein Schwerverletzter. Die gleichen Folgen bei einem riskanten Überholmanöver einer PKW-Fahrerin aus der BRD in Haldensleben. Schaulustige besehen sich dann oft gern die Trümmer der Autos. Makaber, daß mancher bedenkenlos vom Unglück anderer profitieren will – „Autofledderei" scheint sich zu lohnen
Telefoto: ADN/Ludwig

Polen würdigt gegenüber Meckel Haltung der DDR

Von unserem Korrespondenten WOLFGANG REX

Warschau. Das Thema Oder-Neiße-Grenze stand am Montag im Mittelpunkt von Gesprächen der polnischen Führung mit DDR-Außenminister Markus Meckel. Meckel gab in Warschau von seiten des DDR-Teils eines künftigen Deutschlands eine eindeutige Antwort auf anhaltende polnische Sorgen. Die DDR betrachte diese Grenze als unverletzlich. Damit bezog er sich auf die von allen Fraktionen der Volkskammer getragene Erklärung. Einem polnischen Vorschlag folgend, sei die DDR bereit, vor einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten gemeinsam mit Polen und der BRD einen Vertrag auszuarbeiten und zu paraphieren, in dem der Verlauf der polnischen Westgrenze festgelegt wird.

Meckel unterstützte den polnischen Wunsch, an den 2+4-Verhandlungen teilzunehmen, solange es um die polnische Westgrenze gehe.

In einer Begegnung mit seinem polnischen Amtskollegen Skubiszewski versicherte Meckel, die DDR werde alle vertraglichen Pflichten gegenüber Dritten erfüllen. Diese müßten aber angesichts grundsätzlich veränderter politischer Verhältnisse modifiziert werden. Skubiszewski begrüßte es, daß die erste Auslandsreise des neuen DDR-Ministers nach Warschau führte. Er wertete dies und die Aussagen der Volkskammer sowie Meckels zur Oder-Neiße-Grenze als Bestrebungen jener Deutschen, die die richtigen Schlüsse aus der Geschichte gezogen haben.

Ein weiteres Thema der Gespräche auch mit Präsident Jaruzelski war die künftige Gestaltung eines freien Europa.

Auf einer abschließenden Pressekonferenz sprach sich der DDR-Außenminister für einen uneingeschränkten Reiseverkehr in beiden Richtungen aus. Zu einem geplanten Treffen der Vertriebenen in Görlitz meinte er, im Ministerrat sei man sich einig gewesen, daß alles verhindert werden müsse, was die Beziehungen zu anderen Staaten belaste. Allerdings würden Verbote wenig helfen. Vielmehr müsse Widerstand aus der Bevölkerung kommen.

DDR-Staatschef reist nach Bonn

Berlin (ADN). Das amtierende DDR-Staatsoberhaupt, Volkskammerpräsidentin Dr. Sabine Bergmann-Pohl, trifft am Dienstag in Bonn mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker zusammen. Das wurde am Montag in Berlin bekannt.

Im Anschluß daran reist Frau Bergmann-Pohl von Bonn aus nach Managua, um an der Amtseinführung der nikaraguanischen Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro, am Mittwoch teilzunehmen. Frau Chamorro war aus den Wahlen vom Februar als Siegerin hervorgegangen und löst Daniel Ortega als Staatspräsident ab. Er stand seit dem Sturz des Somoza-Regimes 1979 an der Spitze des Staates.

Kurz

„Offener Himmel" Nr. 2

Budapest. Die zweite Runde der Verhandlungen „Offener Himmel" zwischen NATO und Warschauer Vertrag über ein System gegenseitiger Luftinspektionen ist am Montag in Budapest eröffnet worden.

Mehr Übersiedler

Bonn. Zwischen dem 16. und 22. April gingen insgesamt 4306 DDR-Bürger in die Bundesrepublik. In der Woche vor Ostern waren es noch 3328.

160 Putschisten in Haft

Lagos. Nach dem gescheiterten Putsch nigerianischer Militärs gegen Präsident Ibrahim Babangida am Sonntag sind mehr als 160 mutmaßliche Aufständische festgenommen worden. Über die Zahl der Opfer gibt es noch keine Angaben. *(Siehe auch Seite 6)*

55 Bombenopfer

Addis Abeba. Die äthiopische Luftwaffe hat am Sonntag die von Regierungstruppen belagerte Hafenstadt Masawa bombardiert. Dabei wurden mindestens 55 Menschen getötet und 111 schwer verletzt.

Namibia in der UNO

New York. Namibia ist am Montag offiziell als 160. Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen worden.

Truppenabzug

Prag. Von den 73 500 in der Tschechoslowakei stationierten Sowjetsoldaten haben laut ČTK seit Ende Februar 10 761 das Land verlassen. Außerdem seien 7303 Zivilangestellte der sowjetischen Streitkräfte in ihre Heimat zurückgekehrt.

Züge standen still

Rom. Mit einem 24stündigen Streik eröffneten Italiens Lokführer am Montag eine Serie von Arbeitskämpfen im öffentlichen Dienst.

Säugling entführt

Bonn. Eine als Krankenschwester verkleidete Frau hat am Sonntag einen vier Tage alten Säugling aus der Geburtenabteilung des Krankenhauses im westfälischen Herdecke entführt.

Berliner Kaddisch für Opfer des Holocaust

Berlin (ND-Goldstein). Traurig ergreifende Klänge eines weltberühmten jiddischen Musikers leiteten am Montag dieses Gedenken an die Millionenopfer des nazistischen Holocaust ein. Das hebräische Totengebet Kaddisch beendete die erstmalige Feier des Jom Ha'schoah, Tag der Katastrophe, in der Synagoge Rykestraße der Berliner Jüdischen Gemeinde. Davor Sätze von der Verpflichtung des Nichtvergessens und der Mahnung, gefährliche jüngste Erscheinungen von Antisemitismus und Rassismus auf dem Boden der DDR nicht zu dulden, die von den Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden der DDR und von Berlin (West) und der BRD, Siegmund Rothstein und Heinz Galinski, eindringlich geäußert wurden.

Gesundheitsminister Prof. Dr. Jürgen Kleditzsch nahm für die Regierung de Maizière von der Kanzel das Wort. Nicht nur, daß er, zum Bekenntnis für die historische Verantwortung der im deutschen Namen begangenen Untaten, die Verpflichtung postuliert, konsequent gegen jedwede Erscheinungen des Antisemitismus, der Brutalität und Gewalt von Staats wegen vorzugehen, teilt er einen Regierungsbeschluß mit. Es wird von der DDR begonnen, das Leid der Holocaust-Überlebenden lindern zu helfen. Einem in Berlin gegründeten DDR-Komitee der israelischen Stiftung AMCHA, die Überlebenden des Holocaust psychosoziale Hilfe gegen psychische Spätschäden angedeihen läßt, hat die Regierung zum Startkapital 100 000 Mark der DDR zugeschossen. Weitere 6,2 Millionen DM sollen es in den kommenden Jahren sein. Unter den noch lebenden 200 000 Naziopfern in Israel würde praktisch jeder vierte an psychischen Spätschäden leiden.

Sino-sowjetischer Frühling

Von unserem Korrespondenten KLAUS JOACHIM HERRMANN

Moskau. Nur wenige Stunden nach dem großen militärischen Zeremoniell zur Begrüßung des Premiers des Staatsrates der VR China auf dem Regierungsflughafen Wnukowo begannen am Montagnachmittag die offiziellen sowjetisch-chinesischen Verhandlungen im Jekaterinensaal des Großen Palastes im Moskauer Kreml. An zwei Tagen wollen Li Peng und sein sowjetischer Amtskollege Nikolai Ryshkow ein breites Spektrum bilateraler und weltpolitischer Fragen erörtern. Beim ersten Besuch eines chinesischen Regierungschefs seit der Visite von Tschou En Lai im Jahre 1964 sind auch Begegnungen mit Präsident Gorbatschow vorgesehen.

In sowohl innen- als auch außenpolitisch schwieriger Zeit streben beide Seiten offenkundig nach einer weiteren Entspannung ihrer Beziehungen. In einer Ankunftserklärung hob der chinesische Spitzenpolitiker die Bedeutung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen für die Weltentwicklung hervor.

Der am Montag ohne Verzug begonnene Dialog knüpft an die Normalisierung der Beziehungen beider Staaten mit dem Peking-Besuch Michail Gorbatschows im Mai vergangenen Jahres an. Mit der deutlichen Bereitschaft zur Ausdünnung der Truppen an der gemeinsamen Grenze und einem Rekordwarenaustausch von 2,4 Milliarden Rubel 1989 sind positive Zeichen gesetzt. Überschattet werden die Gespräche von komplizierten und zum Teil krisenhaften Entwicklungen in den beiden Staaten sowie von den Ereignissen in Osteuropa.

Eppelmann dementiert

Verschwörung in der NVA?

Strausberg (ND-Funke). Um einen ominösen Brief ging es am Montag auf einer eigens deshalb einberufenen Pressekonferenz in Strausberg. Dabei dementierte der Minister für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, eine in der Montagausgabe der „Jungen Welt" angefragte Verschwörung in den Streitkräften. In dem besagten Brief, den das Blatt auszugsweise veröffentlichte, hatte eine Gruppe von NVA-Obersten den Bundesverteidigungsminister Stoltenberg darum gebeten, die NVA aufzulösen und die Bundeswehr auf dem Gebiet der DDR zu stationieren.

Der persönliche Referent des BRD-Ministers habe auf Anfrage versichert, daß ein derartiger Brief seinem Minister nie vorgelegen habe. Eine solche Aufforderung, so Eppelmann, wäre ein Verfassungsbruch, der den sofortigen Ausschluß dieser Offiziere aus der Armee und ihre Bestrafung nach sich ziehen würde. Er habe sich noch in der Nacht zum Montag mit der „Jungen Welt" in Verbindung setzen wollen, „in der Hoffnung, daß ich die Auslieferung der Zeitung durch eine Bitte verhindern kann. Aber es ist leider keiner mehr dagewesen." So sei eine brisante Situation entstanden, die weder der DDR noch der NVA nütze und Verunsicherung schaffe.

ND-Exklusiv-Interview mit Minister Eppelmann
auf Seite 3

Lynchjustiz bei Unruhen in Nepal

Katmandu (ADN). Bei erneuten Unruhen in Nepal sind am Montag mindestens 18 Personen getötet worden. Die nepalesische Polizei gab gezielte Schüsse auf eine aufgebrachte Menschenmenge ab, die in der Hauptstadt Katmandu das Polizeipräsidium zu stürmen versuchte. Zehn Personen, darunter vier Polizisten, sind Augenzeugen zufolge gelyncht worden. Es soll sich bei den Getöteten um besonders brutale Angehörige der Sicherheitskräfte gehandelt haben, die in der Vergangenheit unter anderem gegen Demonstranten vorgegangen waren.

Über Katmandu ist eine Ausgangssperre verhängt worden. Der Polizeichef habe außerdem Befehl gegeben, auf diejenigen zu schießen, die gegen die Maßnahme verstießen.

Bis zu 25 000 Demonstranten in Katmandu hatten Parolen gegen die Monarchie gerufen und ein hartes Vorgehen der Polizei gegen randalierende, von Verfechtern des gestürzten Einparteiensystems bezahlte Jugendbanden verlangt.

Am selben Tag waren in Katmandu Hunderte Demonstranten mit dem Ruf „Birenda raus aus Nepal" zum Königspalast gezogen. Die aufgebrachte Menge brachte den Innenminister in ihre Gewalt und zwang ihn, ein hartes Vorgehen gegen die Verantwortlichen der jüngsten Übergriffe der Polizei zuzusichern.

PDS für Binnenmarktschutz

Halle (ND-Brockhaus). Die Stimmung in Wolfen entspricht wohl dem, was auch von der Regierungskommission für den Raum Bitterfeld konstatiert wurde: Notstandsgebiet, und zwar nicht nur ökologisch, sondern auch sozial. PDS-Vorsitzender Dr. Gregor Gysi, zugleich Chef der Fraktion seiner Partei in der Volkskammer, war dort am Montag auf Wahlkampftour. Werktätige der Filmfabrik drückte ein Problem: Wir brauchen bei der Wirtschafts- und Währungsunion etwas Zeit, sonst sind eine Menge Arbeitsplätze futsch. Ähnliche Probleme waren beim Wählerforum in Edderitz im Kreis Köthen zu hören: Was wird aus unserer Landwirtschaft, wenn Fleisch- und Milcherzeugnisse weiter so ungehindert wie bisher herüberkommen?

Gegenüber Waren und Produkten aus der BRD — so Gregor Gysi — fordert die PDS Schutzgesetze für den Binnenmarkt ein. „Wir wollen in einer aktuellen Stunde der Volkskammer den Ministerpräsidenten fragen, wie er sich solche in der Regierungserklärung zwar benannten, aber nicht näher erläuterten Maßnahmen zum Schutz des Binnenmarktes vorstellt", sagte er.

In Hettstedt ging es um die aktuelle Nachricht zum Umtauschkurs. Dr. Gysi vertrat die Meinung, daß die Begrenzung bei Sparguthaben vor allem für ältere Menschen nicht gerechtfertigt sei.

Demo mit „In- und Ausländern gemeinsam"

Unteilbare Menschenrechte

Berlin (ADN). „In- und Ausländer gemeinsam — Menschenrechte sind unteilbar." Unter diesem Motto sind alle Einwohner beider Teile Berlins für heute nachmittag zu einer Demonstration zwischen Alexanderplatz und dem Roten Rathaus mit anschließender Kundgebung eingeladen. Das geht aus einem Aufruf der Initiativgruppe „In- und Ausländer gemeinsam" hervor.

Auf der Kundgebung sprechen Vertreter von Parteien, Bürgerbewegungen, Basisgruppen Parteien und Kirchen. Redner sind unter anderen Außenminister Markus Meckel (SPD), ein Vertreter der CDU, die Ausländerbeauftragte Almuth Berger, Bärbel Bohley (Neues Forum), Gregor Gysi (PDS), Vera Wollenberger (Grüne Partei), Heidi Bischoff-Pflanz (Alternative Liste Westberlin), Dagmar Henke (Ökumenisch-missionarisches Zentrum) sowie Vertreter ausländischer Bürger.

Tauziehen Moskau—Vilnius

Moskau/Vilnius (ADN/ND). Das Tauziehen um eine friedliche und beiderseits annehmbare Lösung im Litauen-Konflikt zwischen Moskau und Vilnius hielt auch am Montag an. Drohgebärden und Kompromißäußerungen wechselten dabei einander ab.

So hat Litauen als Reaktion auf das Wirtschaftsembargo der Sowjetunion alle Exporte über See eingestellt. Wie aus Mukran auf Rügen verlautete, soll aber die für die DDR wichtige Fährverbindung nach Klaipeda noch funktionieren. Der Militärberater Gorbatschows, Marschall Achromejew, erklärte in einem BBC-Interview unter Hinweis auf Gesetzesverletzungen von seiten Litauens: „Ich schrecke nicht davor zurück, nötigenfalls Gewalt einzusetzen". Mit allgemeinem „zivilen Ungehorsam" drohte Litauens Präsident Landsbergis vor dem Parlament in Vilnius, falls Moskau „eine Diktatur errichten" wolle.

Zugleich äußerte Ministerpräsidentin Prunskiene, daß sie noch vor Monatsende Gespräche zwischen der litauischen und der sowjetischen Führung erwarte. Ihre Regierung sei bereit, auf dem Wege dahin Kompromisse einzugehen und weitere Unabhängigkeitsschritte vorerst zu stoppen. Auch Gorbatschow-Sprecher Maslennikow zeigte sich verständigungsbereit, indem er nicht auf einem Widerruf der litauischen Absonderungsbeschlüsse beharrte. Um „auf den Weg der Verfassung, der Gesetze und der Menschenrechte" zurückzukehren, genüge ein „Einfrieren" bisheriger Verordnungen.

Am Montag begrüßte Washington eine auf beiden Seiten erkennbare Flexibilität.